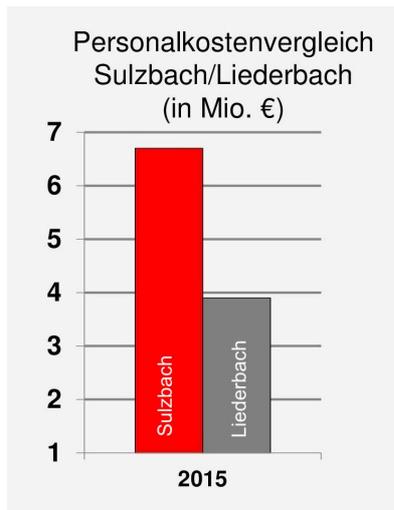


Haushaltsdefizit 2016 – viele Probleme sind hausgemacht



Die Bürgermeisterin hat den Entwurf des Gemeindehaushalts 2016 eingebracht. Der Haushaltsplan schließt mit einem Minus von 3,6 Mio. € obwohl von guten Steuereinnahmen ausgegangen wird. Zudem schlägt die Bürgermeisterin eine beträchtliche Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuerhebesätze vor. Die sich daraus ergebenden Mehreinnahmen sind ebenfalls in den Haushalt eingerechnet.

Das hohe Defizit resultiert zu einem Teil aus der Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs. Diese Neuregelung setzt ein Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofs um und belastet Sulzbach als finanzstarke Gemeinde zu Gunsten finanzschwacher Kommunen mit zusätzlichen 2,8 Mio. € im Jahr.

Sulzbach gehört unter den insgesamt 426 hessischen Kommunen zu den 33, die belastet werden.

Kostenbewusstsein fehlt

Dieses immense Defizit ist zum anderen Teil aber auch dadurch bedingt, dass die Bürgermeisterin in den letzten Jahren, mit Unterstützung ihrer bisherigen Kooperationspartner SPD, Grüne und FWG, zu großzügig Geld ausgegeben hat. Es wurden hunderttausende Euros für Planungen und Gutachten bezahlt, die sich als völlig unnützlich erwiesen. Zudem wurde z.B. eine extrem teure Kinderkrippe errichtet. Auch bei den Personalkosten schöpft man weiterhin aus dem vermeintlich Vollen.

Bei Einsparungen blieb die Bürgermeisterin lange untätig, obwohl schon früh erkennbar war, dass mit dem Finanzausgleichsgesetz beträchtliche zusätzliche Lasten auf Sulzbach zukommen. Auch ist lange bekannt, dass die gesetzlichen Vorgaben für die Zukunft ausgeglichene Haushalte fordern. Als diese Herausforderungen nicht mehr ignoriert werden konnten, wurde zeitverzögert gegenzusteuern versucht. Die mit Unterstützung der Bürgermeisterin durch die SPD, Grünen und FWG beschlossene Gebührenfreistellung für die Kindergärten wurde beispielsweise gegen den Willen der Grünen und der FWG wieder rückgängig gemacht.

Schöngeredete Personalkosten

Sulzbach gehört bei den Personalkosten pro Kopf der Bürger zu den negativen Spitzenreitern Hessens. Dennoch hat es die Bürgermeisterin bisher versäumt, in nennenswertem Umfang Personalkosten einzusparen. In der Haushaltsrede versucht sie sogar, die hohen Personalkosten schönzureden. Sie wies nämlich darauf hin, dass Sulzbach - ähnlich wie andere Gemeinden - auch „nur“ etwa 22 Prozent der Einnahmen für Personal ausgibt. Dass Sulzbach mit seinen hohen Steuereinnahmen damit pro Kopf der Bevölkerung eine viel höhere Kostenbelastung hat als Gemeinden mit geringeren Steuereinnahmen wird verschwiegen. Der Bewertungsansatz der Bürgermeisterin ist sozusagen als ein Freibrief dafür zu verstehen, bei hohen Steuereinnahmen im Personalbereich „prassen“ zu dürfen. Die negative Folge dieses Ausgabeverhaltens wird durch die Neuregelung des Finanzausgleichs schmerzhaft sichtbar.

Statt sparen Steuern erhöhen

Statt z.B. bei den immens hohen Personalkosten zu sparen, schlägt die Bürgermeisterin erneut vor, Steuern zu erhöhen. Sowohl die Gewerbesteuern als auch die Grundsteuern A und B. Die Grundsteuer haben bei eigengenutzten Immobilien die Eigentümer zu zahlen. Bei vermieteten Objekten die Mieter. Vor dem Jahr 2013 lag die Grundsteuer B für ein Reihenhaus bei etwa 290 €, seit 2013 bei etwa 360 €. Im nächsten Jahr – wenn das Gemeindeparlament dem Vorschlag der Bürgermeisterin folgt – werden diese bei 480 € liegen.

Pro Sulzbach
Joachim Fritz